

THEMA

KINDER UND CORONA

Reicht der Schutz?

Tessie Jakobs

Expert*innen schätzen, dass die vierte Welle besonders Kinder und Jugendliche treffen wird. War es demnach ein Fehler, die Maskenpflicht in den Klassensälen abzuschaffen?

Viel Kritik, gleichzeitig aber auch Lob, wurde in den vergangenen Wochen über die gelockerten Regelungen für Luxemburger Schulen geäußert. Was denn jetzt für oder gegen das Wegfallen der Maskenpflicht und die überarbeitete Teststrategie spricht, ist nicht so leicht zu durchblicken. Denn selbst unter Virolog*innen, Gewerkschaftler*innen und Politiker*innen sind unterschiedliche Positionen anzutreffen. Völlige Einigkeit herrscht nur darüber, dass die Schulen offen bleiben sollen.

Bildungsminister Claude Meischs Argumentation gegen eine Maskenpflicht im Klassensaal konnte man unter anderem am Montag im Tageblatt nachlesen. Das bisherige sanitäre Konzept an den Schulen habe vor allem dem Schutz der Erwachsenen gedient, so der Minister. Man könne aber von Kindern nicht verlangen, weiterhin Masken zu tragen, nur weil einige Erwachsene sich nicht impfen lassen wollen. Seiner Meinung nach seien nun Erwachsene, die noch nicht geimpft sind, an der Reihe, „auch solidarisch mit den Kindern und Jugendlichen zu sein“. Auf RTL Radio erklärte Meisch am Dienstag zudem erneut, dass Kinder mit einer Covid-19-Infektion nur äußerst selten schwere Symptome entwickeln und auch Long Covid bei ihnen selten ist. Aber selten genug, um auf Covid-Check beziehungsweise Masken zu verzichten?

Meisch verleugnet nicht, dass die Infektionszahlen bei Kindern in den kommenden Wochen steigen werden. Der Grund dafür ist einleuchtend:

Dadurch, dass die erwachsene Bevölkerung zunehmend durchgeimpft ist, verbreitet sich das Virus jetzt verstärkt in jüngeren Altersgruppen. Dieser Realität versucht Meisch mit seinem Konzept Rechnung zu tragen: Zweimal die Woche können sich die Schüler*innen freiwilligen Schnelltests unterziehen, die Maskenpflicht gilt außerhalb des Klassensaals, bei einem positiven Fall auch innerhalb.

Risiko für die Kleinen?

Wie Studien immer wieder zeigen, haben an Covid erkrankte Kinder meist nur milde Symptome, die im Schnitt auch weniger lange auftreten als in der Erwachsenenpopulation. Den Gründen dafür gingen nun Forscher*innen aus Heidelberg und Berlin nach. Dazu untersuchten sie Zellen der Nasenschleimhaut bei Kindern und Erwachsenen. Der Befund ihrer Mitte August veröffentlichten Studie: Bei Kindern ist das Immunsystem in den oberen Atemwegen deutlich aktiver. Um Viren schnell bekämpfen zu können, müssen Mustererkennungsrezeptoren aktiviert werden, die das Erbgut des Virus erkennen. Je später diese Rezeptoren reagieren, desto stärker vermehrt sich das Virus in den Zellen. Bei Kindern funktioniert dieses Frühwarnsystem deutlich besser.

Das bedeutet nicht, dass für Kinder überhaupt kein Risiko besteht: Schwere oder längere Erkrankungen gibt es in seltenen Fällen auch in dieser Altersgruppe. Allein dieser Umstand reicht einigen, um für ein Beibehalten der Maskenpflicht in den Schulen zu plädieren. Oder, wie die Lehrer*innengewerkschaft SEW/OGBL, zumindest eine wissenschaftliche Begründung für Meischs Entscheidung einzufordern. Anderen wie etwa der Féduse/CGFP wäre es lieber,

wenn die Schnelltests verpflichtend wären, immerhin werden diese aktuell von 10 Prozent der Schüler*innen verweigert.

Noch andere wünschen sich, dass ungeimpfte Eltern und Lehrer*innen verstärkt zur Verantwortung gezogen werden. Letztere Position wird hierzulande etwa von Claude P. Müller, einem Virologen am Luxembourg Institute of Health, vertreten. Dem Tageblatt gegenüber äußerte er diese Woche die Befürchtung, dass es meist die ungeimpften Eltern seien, die nicht wollen, dass ihre Kinder geimpft oder getestet werden. Er ist deshalb nicht nur dafür, dass alle Eltern sich impfen lassen, sondern auch dafür, dass für ungeimpfte Jugendliche, die sich nicht testen lassen wollen, Fernunterricht verpflichtend ist.

Ideen gibt es viele, aber welche ist besser? Grundschulen und Betreuungsstrukturen lassen sich nicht mit dem restlichen gesellschaftlichen Leben vergleichen und bedürften schon alleine deshalb einer anderen Herangehensweise. An keinem anderen Ort ist nämlich die Anzahl derer, die nicht impfberechtigt sind, derart hoch. Gleichzeitig würde sich in Schulen ein Covid-Check-Regime schwerlich umsetzen lassen. Diesen hatte unter anderem die Lehrer*innengewerkschaft Féduse/CGFP gefordert. Doch abgesehen vom Aufwand, der dazu tagtäglich betrieben werden müsste, wäre das Recht auf Bildung nicht gewährleistet, wenn ungeimpfte Kinder, die die 3G-Kriterien nicht erfüllen, vom Unterricht ausgeschlossen würden.

Während Meisch ebendiese Argumentation, keine einzelnen Schüler*innen nach Hause schicken zu wollen, gerne anführt, wenn es um den Covid-Check geht, lässt das aktuelle Covid-Gesetz eine andere Herangehensweise erkennen. Treten nämlich in einer Klasse drei bis fünf Covid-19-Infektionen auf, dürfen nur geimpfte und genesene Schüler*innen weiterhin den Unterricht besuchen. Alle anderen dürfen erst dann wieder zur Schule, wenn sie nach sechs Tagen einen negativen PCR-Test vorweisen können. Angesichts dessen warnte die Menschenrechtskommission (CCDH) vergangene Woche in einem Gutachten zum neuen Covid-Gesetz vor einer „éducation à deux vitesses“:

„La CCDH invite le gouvernement à veiller à éviter toute discrimination sur base de l'état de santé des enfants et adolescents dans le cadre du droit à l'éducation.“

Diskriminierung vs. Freiheit

Meisch handelt nicht im Alleingang. Seine Strategie entspricht derjenigen der gesamten Regierung. Dieser liegt implizit die Ansicht zugrunde, die Diskriminierung und Stigmatisierung einer kleinen Gruppe könne in Kauf genommen werden, um der Mehrheit möglichst viele Freiheiten zu gewähren. Eine Ansicht, die nicht zuletzt von Déi Lénk stark kritisiert wurde. Am Dienstag erklärte die Abgeordnete Nathalie Oberweis (Déi Lénk) vor dem Chamberplenum, dass es von mangelnder Solidarität zeuge, Menschen gegeneinander aufzuhetzen. In diesem Zusammenhang sprach sie sich vehement gegen eine Stigmatisierung von Ungeimpften aus.

Damit bezog sie sich auf das Gutachten der CCDH. Diese hatte darin

einerseits die Pflicht des Staats unterstrichen, die kollektive Gesundheit zu schützen, in diesem Fall also die Notwendigkeit, durch Information und Sensibilisierung zum Impfen aufzurufen. Die Verfolgung dieses Ziels, so die CCDH andererseits, dürfe jedoch keine Spaltung der Gesellschaft oder Verschärfung von Ungleichheiten mit sich bringen. Entscheidungen wie die, keine gratis PCR-Tests mehr anzubieten, könnten in den Augen der CCDH aber genau dazu führen. Mit dieser Maßnahme laufe die Regierung Gefahr, Menschen aufgrund ihres Gesundheitszustands, ihrer finanziellen Mittel oder ihrer Überzeugungen zu diskriminieren. Auch der SEW warnte kürzlich vor einer potenziellen Zweiklassengesellschaft. Kinder zu instrumentalisieren, um ungeimpften Erwachsenen Druck zu machen, müsse ebenso vermieden werden wie die Stigmatisierung ungeimpfter Jugendlicher.

An den verschiedenen Positionen zeigt sich die Schwierigkeit, kollektiver Gesundheit und Persönlichkeits-

rechten gleichermaßen gerecht zu werden. Fakt ist, dass sich das Virus auch in den kommenden Monaten verbreiten wird und die Ungeimpften sich einer Infektion nur schwerlich entziehen können. Virolog*innen wie Christian Drosten von der Berliner Charité raten indes davon ab, Kinder auf Biegen und Brechen vor einer Infektion schützen zu wollen. In Anbetracht des geringen Risikos einer schweren Erkrankung solle man ihnen stattdessen zunehmend Freiheiten gewähren.

Expert*innen schätzen, dass die Impfung für Unter-12-Jährige noch in diesem Herbst zugelassen wird. Ob in der Zwischenzeit ein strengeres Sanitätskonzept in den Schulen sinnvoller gewesen wäre, wird sich wohl erst im Nachhinein sagen lassen. Claude Meisch hat der Presse gegenüber jedenfalls versichert, dass, falls nötig, das sanitäre Konzept angepasst werde, sei es in Form einer generellen Maskenpflicht, von Wechsel- und Fernunterricht, oder auch von nur morgens stattfindendem Unterricht.

Aus der Chamber: Covid, nächste Klappe

Gestern wurde eine Chamber-Sitzung geboten, die nur im Internet öffentlich war, dort aber zunächst keinen Ton hatte. Zuerst war der Chamber-Präsident Etgen beim Parlieren wie ein Fisch im Aquarium zu bewundern, dann Martine Hansen (CSV), alles live und in Farbe ohne Ton. Mit voller Überzeugung übernahm wieder Etgen. Schön, beim ersten Tagesordnungspunkt ging es um die Verleihung von Ehrentiteln an Pensionierte der Chamber-Verwaltung.

Pünktlich zum zweiten Tagesordnungspunkt, dem 22. Covid-Gesetz, das nun für einen Monat bis Mitte Oktober gelten wird, setzte der Ton ein. Es ist wieder ein Auftritt für Mars Di Bartolomeo (LSAP) für seine bestbekanntesten Warnungen, begleitet von der Erklärung, alles sei unter Kontrolle.

Es werden hauptsächlich die bisherigen Maßnahmen verlängert. Die Zugangsbedingungen zu den Spitälern nach Covid-Check (3G-Pflicht) werden ins Gesetz eingeschrieben für alle, die reinkommen, und sei es nur für eine Konsultation eines Arztes. Wer nur an der Tür was abgibt (Blumen, Dokumente, ein Paket), braucht kein 3G. In Notfällen entscheidet das Personal, ob zu testen ist oder nicht. Es werden hier im Gegensatz zur allgemeinen Regelung aber kostenlose Tests am Eingang angeboten, damit alle Zugang zu medizinischen Leistungen

behalten.

In den Schulen gibt es so lange beim Sitzen in der Klasse keine Maske, wie niemand positiv getestet wird. Der Sonderurlaub für die Betreuung von Kindern wird verlängert für besonders Gefährdete, die zu Hause betreut werden müssen, oder wenn eine Klasse in den Heimunterricht geschickt wird.

Von Claude Wiseler kommt Zustimmung im Namen der CSV. Er findet alles extrem positiv und hätte in der Schule aber auch gerne den Covid-Check. In der Grundschule aber auch für Nichtgeimpfte in den Sekundarschulen hätte die CSV gerne drei Tests und fordert das mittels Motion. Die CSV findet es richtig, keine gratis-PCR-Tests mehr anzubieten, fordert aber mittels Motion, es müsse das in medizinischen Fällen, wo so ein Test nötig ist, gratis bleiben. Mittels weiterer Motion wird eine weitere Impf-Kampagne gefordert. Die CSV fordert Rechtssicherheit für Betriebe mit einer Auskunftspflicht der Beschäftigten. Laut Aussage von Mars Di Bartolomeo werde der Arbeitsminister mit der UEL zusammentreffen, um das zu regeln. Die CSV stimmt den Text mit.

Das tun selbstverständlich die drei Koalitionsfraktionen auch.

Die adr verweist auf Dänemark, Holland und andere Staaten, in denen im Gegensatz zu Luxemburg die Maßnahmen zurückgeführt wurden. Die adr kann keine Ein-

schränkung der Grundrechte wegen eines Covid akzeptieren, der gekommen ist, um zu bleiben. Deshalb stimmt die adr mit Nein. Die Regierung wird aufgefordert, ihren Weg zurück in die Normalität vorzulegen. Das wird mittels Motion gefordert. Das Prinzip der Freiwilligkeit bei Impfungen darf genau so wenig in Frage gestellt werden wie das Solidaritätsprinzip im Gesundheitswesen, weshalb es unannehmbar ist, Zwangstests nicht gratis zu machen.

Die Lénk sieht eine drohende Spaltung der Gesellschaft aufziehen und zitiert aus dem Gutachten der Menschenrechtskommission und des Ombudsmans für Kinderrechte. Die Lénk wird sich enthalten.

Die Piraten stimmen fürs Gesetz, fordern aber mittels Motion, für Menschen, die sich aus medizinischen Gründen nicht impfen lassen dürfen, müsse der PCR-Test gratis bleiben.

Nachdem sich die Regierung wortreich gelobt hat, wird abgestimmt. Geerntet werden wie angekündigt 54 Ja, 4 adr-Nein und 2 Lénk-Enthaltungen. Die CSV-Motion für 3 Schnelltests pro Woche in der Schule bekommt 27 Ja zu 33 Nein. PCR-Tests bleiben kostenlos für Leute, die sich nicht impfen dürfen, wird von der Koalition erklärt. Das führt zuerst zur Ablehnung der CSV-Motion bei 27 Ja, 32 Nein und 1 Enthaltung. Die der Piraten wird mit demselben Ergebnis abgelehnt. Die CSV-Motion für eine mobile Impf-Kampagne wird nochmals mit demselben Ergebnis abgelehnt. Die adr-Motion für ein Ausstiegs-Kalendarium

kriegt 4 adr-Ja gegen 55 Nein bei einer Enthaltung.

Prämien und Termine für Lehrverträge

Zum Basismodell wird eine Prämie von 1.500 Euro für Lehrverträge geschaffen, die ab 16.7.2021 unterschrieben wurden und von 5.000 Euro für Verträge, die seit dem 16.4.2021 aufgelöst und von wem anderen übernommen wurden. Eine im Dezember 2020 geschaffene vergleichbare Prämie war in 460 Fällen beantragt worden. Es steht diesmal ein Budget für 2.000 Prämien bereit. Alle 60 An- und Abwesende sind dafür.

Zum Basismodell wird der Termin fürs Abschließen eines Lehrvertrags vom 1. auf den 30. November 2021 verschoben. Hier wird ohne Diskussion nach der Vorstellung der Berichterstatterin abgestimmt, um 60 Ja festzustellen.

Reglementsänderung

Gemäß den Empfehlungen der Staatengruppe gegen Korruption (bekannt unter der französischen Abkürzung »Greco«) wird die Verpflichtung zur Bekanntgabe von Nebentätigkeiten erweitert. Anzugeben sind jetzt auch nicht entlohnte Nebentätigkeiten, während für entlohnte detailliertere Angaben des Betrags gefordert werden. Detailliert werden muß auch, ob die Tätigkeit vor der Wahl oder erst während dem Mandat angenommen wurde. Alle 60 sind einverstanden.

Diese Erklärungen werden weiterhin auf www.chd.lu im Profil der einzelnen Abgeordneten veröffentlicht. **jmj**

None of Luxembourg's critically ill had taken vaccine

Heledd PRITCHARD

The vast majority of people in hospital with Covid-19 last week had received no vaccination against the deadly disease, the health ministry said on Wednesday, as the government seeks to convince the hundreds of thousands of people who have not yet taken the jab to change their mind.

None of the 10 patients in intensive care last week had been vaccinated, and only 14% of the 29 people in general wards, the data showed. The average age of those needing hospital treatment dropped to 47 years from 60.

Vaccinated people can still catch the virus and transmit it to others and figures from last week show that of the 533 new infections, just over a third had been fully vaccinated. The number of people testing positive fell by four percent compared to the previous week.

From Wednesday onwards, Luxembourg will no longer provide free corona tests

[<https://www.luxtimes.lu/en/luxembourg/covid-19-lawmakers-expected-to-pass-new-covid-rules-on-tuesday-613f7241de135b9236038393>] – a measure Prime Minister Xavier Bettel put in place in a bid to encourage more people to take the vaccine. The country can “no longer justify that the general public pays for PCR [tests] for people who do not want to get vaccinated”, Bettel said at a press conference earlier this month.

Luxembourg's Consultative Commission on Human Rights (CCDH) criticised the new rules, saying it feared that taking away free PCR tests would discriminate against people that cannot get a vaccine for medical reasons. But Luxembourg City said on Wednesday that it would prolong its distribution of vouchers for rapid antigen tests at no cost until 18 October.

Luxembourg has now administered more than 775,000 doses of the vaccine, meaning that nearly 400,000 people are fully vaccinated out of a total population of just over 613,000.

At the start of the month, the reproduction rate of the coronavirus fell slightly from 1.04 to 1, meaning that each infected person on average infected one other person they came in contact with. The incidence rate, which shows how quickly the disease spreads, was at its highest among children up to 14 years old and the lowest incidence rate was among people aged 75 years and over.

A third of the 533 people who caught the disease became infected by a family member and 20% after travelling abroad, the ministry said. A total of 102 people tested positive for the virus on Tuesday. The country's death toll stands at 834.

Problematisch

Am heutigen 15. September werden bekanntlich die gratis PCR-Tests gestoppt. In Zukunft sollen die Tests aus eigener Tasche gezahlt werden. In einer Stellungnahme warnt die konsultative Menschenrechtskommission CCDH vor dieser Maßnahme. Laut CCDH könnte das nämlich dazu führen, dass Personen aufgrund ihres Gesundheitszustandes, ihrer finanziellen Lage oder ihrer Überzeugung diskriminiert werden könnten. Die Gefahr bestünde, dass die Gesellschaft weiter gespalten würde, schreibt die Kommission.

Lawmakers expected to pass new Covid rules on Tuesday

Luxembourg's death toll due to Covid-19 now stands at 834

Heledd PRITCHARD

Lawmakers are expected to pass Luxembourg's latest Covid rules on Tuesday as the country gears up to clamp down on unvaccinated people and pupils return to school mask-free.

Parliament will debate the draft law, which will come into force on Wednesday, when the current time-limited law expires.

The new rules, put forward by Prime Minister Xavier Bettel and Health Minister Paulette Lenert at the beginning of the month, heavily focus on encouraging people who have not been vaccinated to get a jab.

The main change in in the new rules, if approved, would be that PCR tests will no longer be free of charge. Luxembourg can "no longer justify that the general public pays for PCR [tests] for people who do not want to get vaccinated", Bettel said at a press conference earlier this month.

The country's large scale testing scheme will also end on Wednesday.

But the proposals are not altogether uncontroversial. Luxembourg's Consultative Commission on Human Rights (CCDH) hit out at the changes, saying it feared that taking away free PCR tests would discriminate against people that cannot get a vaccine for medical reasons.

"The CCDH fears that non-free PCR tests could discriminate against people based on their health, their financial situation or based on their beliefs and therefore risks to split society and exacerbate inequalities", the group said.

Another planned change is that people will have to undergo the CovidCheck system to enter hospitals as patients or visitors. This means people would need to be either vaccinated, present a negative PCR test or have recently recovered from the disease to be allowed into hospitals - in the same way as when accessing restaurants, bars and sports venues.

Four people died of the disease in Luxembourg between 3 September and 9 September, bringing the country's death toll to 834. There are currently 28 people in hospital, with nine people in intensive care.

Last week, parliament's health committee tweaked the draft law after the State Council – Luxembourg's de-facto upper chamber – objected to some parts of the bill. The State Council took aim at the government's proposal to give the head of the health directorate the power to recognise non-EU countries' health certificates, saying it would be unconstitutional.

It also said that if a pupil or teacher tests positive for the virus, others in the class should be forced to wear a mask for seven days from the last day the infected person was in school.

This came after Education Minister Claude Meisch announced pupils would not have to wear masks during most of their school day when they return on Wednesday. Pupils will be able to take their masks off when they are in the classroom and in the playground but will have to wear it when moving around school corridors and during activities with more than 10 people, Meisch said. Pupils will also have to take two Covid tests a week.

If one person in a class tests positive for the virus, pupils will continue to go to school but will have to wear a mask until they have been tested, Meisch had said, which led to the State Council's suggestion.

Parliament must approve Covid bills to enforce them into law.

Des tests PCR payants qui nuiraient au vivre-ensemble

A compter du 15 septembre, date d'entrée en vigueur de la nouvelle loi covid, passer un test PCR ne sera plus gratuit. Aucune information sur le prix n'a, à ce jour, été communiquée.

Photo: Anouk Antony



[Jean-Michel HENNEBERT](#)

Annoncée début septembre par le Premier ministre afin d'accélérer encore la couverture vaccinale de la population face au variant Delta, la mesure ne convainc pas la commission consultative des droits de l'homme qui pointe du doigt une stratégie qui risque de «scinder la société».

A compter du 15 septembre prochain, date d'entrée en vigueur de la nouvelle version de la loi covid, les personnes non vaccinées ou non rétablies devront mettre la main à la poche pour passer un test PCR. Un «[changement de paradigme](#)» assumé par le gouvernement mais qui n'est pas du goût de la commission consultative des droits de l'homme (CCDH) qui estime que cette nouvelle stratégie «soulève des questions juridiques, sociétales et épidémiologiques».



[Vaccination gratuite vs Test PCR payant](#)

Dans [un avis](#) publié ce mercredi, l'organe indépendant craint avant tout que la mesure, destinée à convaincre le [quart des résidents non vaccinés](#) que l'injection constitue la principale solution dans la lutte contre la pandémie, ne soit à l'origine de discriminations. Que ce soit en raison «de l'état de santé» des résidents, «de leur situation financière ou de leur

conviction». Avec le risque de «scinder la société et renforcer les inégalités», selon la CCDH qui craint «des impacts néfastes sur le vivre-ensemble».

Car si la commission assure qu'«une couverture vaccinale maximale est le moyen le plus efficace de lutter contre la pandémie », elle s'interroge sur les effets de cette nouvelle approche qui «risque d'augmenter la fracture sociale, voire la radicalisation chez certains, au lieu de renforcer l'adhésion à la vaccination». En clair, forcer la main au lieu de convaincre. Une manière de faire qui aurait comme corollaire le fait «de rendre plus difficile la possibilité de mener des discussions nuancées sur ce sujet». Et donc la possibilité «d'une polarisation croissante (...) surtout quand on parle de 'nous les vaccinés' et 'vous les non-vaccinés' et que cela devient pratiquement une identité», note la CCDH.



[La vaccination boostée par le "sans rendez-vous"](#)

Raison pour laquelle l'instance consultative du gouvernement plaide pour «une approche inclusive et pédagogique», destinée notamment à «s'intéresser à la grande diversité des motifs, craintes et doutes des personnes non vaccinées» afin de mettre en place «des stratégies et actions spécifiques (...) afin d'améliorer l'adhésion à la vaccination». Une approche déjà en partie en place via [des actions de proximité](#). Que ce soit avec la possibilité de se faire vacciner sans rendez-vous au hall Victor-Hugo, la [circulation du Impf-bus](#) ou l'élargissement de la campagne de vaccination [aux médecins généralistes et aux pédiatres](#). Les discussions se poursuivent également autour de la possibilité de réaliser des injections au sein [des grandes entreprises](#).

A noter que si la fin de la gratuité des tests PCR est inscrite dans le projet de loi étudié au sein de la commission de la Santé, aucune information sur le prix de l'examen n'a été fournie à ce jour.

Source : <https://www.wort.lu/fr/luxembourg/avis-de-la-ccd-h-des-tests-pcr-payants-qui-nuiraient-au-vivre-ensemble-61389907de135b9236f7e775>

Kommissioun iwwerhëlt Propositione vum Staatsrot

RTL|Update: 08.09.2021 11:15



Dat neit Covid-Gesetz gëtt dës Woch net méi gestëmmt.

De Mëttwoch de Moien huet sech d'Santéskommissioun mam Avis vum Staatsrot beschäftegt an ass de Propositione vun der Héijer Kierperschaft nokomm, fir déi zwou annoncéiert formell Oppositionen opzehiewen. Dat sot eis de Mars di Bartolomeo, deen e Mëttwoch op en neits als Rapporteur vum neie Gesetz genannt gouf. Engersäits gouf de Passage, vu wéini un d'Maskepflicht an der Schoul gëllt, präziséiert an anerersäits gëtt d'Entscheidungsrecht vum Direkter vun der Santé bei CovidCheck-Zertifikaten aus Drëttstaaten aus dem Text erausgeholl.

Vun der anerer Woch u gëtt den Accès an d'Spidol generell mat CovidCheck gereegelt. Livreure sinn allerdéngs ausgeschloss, grad wéi och Leit, déi an d'Urgence kommen.

De Rapport vum Gesetzprojet soll e Freideg an d'Kommissioun kommen an den Text dann a priori a spéitstens nächsten Dënschdeg am Plenum gestëmmt ginn. Déi aktuell Reegele si just nach bis deen Dag a Kraaft.

CCDH warnt virun Diskriminatioun a verhäerte Fronten nom Enn vun de gratis PCR-Tester

Déi consultativ Mënscherechtskommissioun hirersäits mécht sech an hirem Avis vun de Mëttwoch de Moie Suergen iwwert den Zesammenhalt an der Gesellschaft no der Regierung hirer Annonce, fir nom 15. September keng gratis PCR-Tester méi z'offréieren a plädéiert fir eng inklusiv a pedagogesch Approche. E kategoresche Refus vun der Impfung, ouni medezinesch Grënn, wier zwar onsolidaresch. Op der anerer Säit fäert d'CCDH awer, datt Leit duerch hir gesondheetlech oder hir finanziell Situatioun grad wéi hir Konviktoun diskriminéiert kéinte ginn. Leit, déi sech bis elo net konnten impfe loossen, misste weider Zougang hunn zu de gratis Tester, insistéiert déi consultativ Mënscherechtskommissioun. Dat selwecht gëllt fir Persounen, déi en Test brauchen, fir an e medezineschen Etablissement eranzugeen. Déi nei Strategie kéint nefast Auswierkungen op eist Zesummeliewen hunn an d'Fronten nach méi verhärten. Duerfir wier et sou wichteg, jiddereen ze sensibiliséieren an d'Leit mat aktualiséierte wëssenschaftlechen Informatiounen z'informéieren. D'Impfung wier jo deen effikaste Moyer aus der Pandemie eraus.

Source: <https://www.rtl.lu/news/national/a/1783129.html>

Keng gratis PCR-Tester fir net-geimpfte Leit verfeelen d'Zil

Vum Fanny Kinsch|Update: 08.09.2021 18:37



© JOSEPH EID / AFP

Där Meenung ass d'CCDH, déi awer och de CovidCheck am Spidol fir Patiente kritesch gesäit.

D'Decisioun vun der Regierung, datt net-geimpfte Persoune vum 15. September u musse fir hir PCR-Tester bezuelen, wa se keng Ordonnance vum Dokter hunn, riskéiert Leit ze diskriminéieren an ze marginaliséieren an net zum Zil bäizedroen, datt méi Leit sech impfe loossen. Zu där Conclusioun kënn déi consultativ Mënscherechtskommissioun an hirem Avis zum neie Covid-Gesetz, andeem si och op weider Annonce vun der Regierung ageet, déi net per Gesetz gereegelt sinn.

Mënscherechtskommissioun iwwer Covidgesetz / Fanny Kinsch

Et wier d'Responsabilitéit vum Staat, dofir ze suergen, datt sou vill Leit wéi méiglech sech impfe loossen, fir d'Gesondheet vun der Allgemengheet, vum Eenzelen a vun deenen, déi sech net kënnen impfe loossen, ze schützen, seet de Max Mousel, Jurist bei der Mënscherechtskommissioun. Allerdéngs misst ee gesinn, datt et ganz ënnerschiddlech Grënn ginn, firwat Leit sech net wëllen impfe loossen.

Et si Leit, déi vläicht veronséichert sinn, et si Leit, déi vläicht mengen, si bräichten et net, well se scho vill Anticorpsen hunn duerch eng éischt Infektioun, déi sech vill Froe stellen, déi och nach net ganz gekläert sinn. Do ginn et ganz vill verschidde Situatiounen a fir déi Leit all an een Dëppen ze geheien an ze probéieren, duerch Drock d'Leit dozou ze kréien, sech impfen ze loossen, duerch finanziellen Drock, do hu mir Bedenken, datt een domat kann d'Zil iwwerhaapt errechen, fir sou vill Leit wéi méiglech geimpft ze kréien.

Et géing ee souguer am Contraire riskéieren, datt verschidde Leit sech bedrängt fillen, sech méi verschléissen, marginaliséiert an eventuell souguer radikaliséiert ginn. Op där anerer Säit géing och net jiddereen d'selwecht getraff ginn doduerch, datt d'Tester elo payant ginn.

Zum Beispill huet een och Leit, déi sech et vläicht kënne leeschten, fir déi PCR-Tester nach weiderhin ze bezuelen, anerer kënnen dat awer vläicht net maachen. An do stellt sech natierlech dann d'Fro, gëtt dat dann net awer eng verstoppten Impfflicht, oder eng indirekt Impfflicht, da kënne just déi Leit, déi sech et leeschte kënnen, am Fong sech et erlaben, sech net impfen ze loossen, während déi aner obligéiert sinn, sech impfen ze loossen oder komplett ausgeschloss ginn aus der Gesellschaft.

D'CCDH mécht sech iwwerdeems Suergen, wéinst dem CovidCheck-System am Spidol, deen och elo Patiente betrëfft. Hei ass et den Appell un d'Regierung, datt d'Tester op der Plaz weider onkomplizéiert a gratis zur Verfügung stinn. Soss géing ee riskéieren, datt eenzel Leit net an d'Spidol ginn an hir Gesondheet ënnert der Mesure leit.

Wat d'Schoul ugeet, begréisst d'CCDH déi annoncéiert Mesurë gréisstendeels. Problematesch wier allerdéngs de sougenannten Zenario 3, wann et 3 bis 5 Coronainfektionen an enger Klass ginn, seet de Jurist Max Mousel. Deen Ament dierfen nëmmen nach Schüler an d'Schoul, déi geimpft oder nees gesond sinn.

Extrait Max Mousel

Do ass virgesinn, datt wann eng Majoritéit vun de Kanner concernéiert wier vun der Quarantän, also wann eng Majoritéit net geimpft ass, oder net geheelt ass, da gëtt en Apprentissage à distance gemaach. Da wier all Kand an der selwechter Situatioun. Wou mir elo Suergen hunn ass, falls dat elo net sou ass, wann eben net eng Majoritéit concernéiert ass, wéi gëtt et da gemaach, gëtt dann een Deel à distance enseignéiert, deen aneren Deel bleift an der Klass, an do ass dann d'Fro vun der Qualitéit vum Unterrecht. Dee soll eiser Meenung no, sou gutt wéi méiglech awer ëmmer déi selwecht bleiwen."

Et dierft keng Schoul mat 2 Vitesse ginn, warnt déi consultativ Mënscherechtskommissioun.

Source: <https://www.rtl.lu/news/national/a/1783498.html>

Kinder und Corona: Reicht der Schutz?

Von [Tessie Jakobs](#) | [2021-09-16](#) | [Gesundheit](#), [Thema](#)
[Facebook](#)[Twitter](#)[Email](#)

[Teilen](#)

Expert*innen schätzen, dass die vierte Welle besonders Kinder und Jugendliche treffen wird. War es demnach ein Fehler, die Maskenpflicht in den Klassensälen abzuschaffen?



Schüler*innen mehr Freiheiten geben, ohne sie aber in Gefahr zu bringen und Ungeimpfte zu stigmatisieren: Das ist die Herausforderung, die sich zurzeit stellt. (Copyright: mylife.lu)

Viel Kritik, gleichzeitig aber auch Lob, wurde in den vergangenen Wochen über die gelockerten Regelungen für Luxemburger Schulen geäußert. Was denn jetzt für oder gegen das Wegfallen der Maskenpflicht und die überarbeitete Teststrategie spricht, ist nicht so leicht zu durchblicken. Denn selbst unter Virolog*innen, Gewerkschaftler*innen und Politiker*innen sind unterschiedliche Positionen anzutreffen. Völlige Einigkeit herrscht nur darüber, dass die Schulen offen bleiben sollen.

Bildungsminister Claude Meischs Argumentation gegen eine Maskenpflicht im Klassensaal konnte man unter anderem am Montag im Tageblatt nachlesen. Das bisherige sanitäre Konzept an den Schulen habe vor allem dem Schutz der Erwachsenen gedient, so der Minister. Man könne aber von Kindern nicht verlangen, weiterhin Masken zu tragen, nur weil einige Erwachsene sich nicht impfen lassen wollen. Seiner Meinung nach seien nun Erwachsene, die noch nicht geimpft sind, an der Reihe, „auch solidarisch mit den Kindern und Jugendlichen zu sein“. Auf RTL Radio erklärte Meisch am Dienstag zudem erneut, dass Kinder mit einer Covid-19-Infektion nur äußerst selten schwere Symptome entwickeln und auch Long Covid bei ihnen selten ist. Aber selten genug, um auf Covid-Check beziehungsweise Masken zu verzichten?

Meisch verleugnet nicht, dass die Infektionszahlen bei Kindern in den kommenden Wochen steigen werden. Der Grund dafür ist einleuchtend: Dadurch, dass die erwachsene Bevölkerung zunehmend durchgeimpft ist, verbreitet sich das Virus jetzt verstärkt in jüngeren Altersgruppen. Dieser Realität versucht Meisch mit seinem Konzept Rechnung zu tragen: Zweimal die Woche können sich die Schüler*innen freiwilligen Schnelltests unterziehen, die Maskenpflicht gilt außerhalb des Klassensaals, bei einem positiven Fall auch innerhalb.

Risiko für die Kleinen?

Wie Studien immer wieder zeigen, haben an Covid erkrankte Kinder meist nur milde Symptome, die im Schnitt auch weniger lange auftreten als in der Erwachsenenpopulation. Den Gründen dafür gingen nun Forscher*innen aus Heidelberg und Berlin nach. Dazu untersuchten sie Zellen der Nasenschleimhaut bei Kindern und Erwachsenen. Der Befund ihrer Mitte August veröffentlichten Studie: Bei Kindern ist das Immunsystem in den oberen Atemwegen deutlich aktiver. Um Viren schnell bekämpfen zu können, müssen Mustererkennungsrezeptoren aktiviert werden, die das Erbgut des Virus erkennen. Je später diese Rezeptoren reagieren, desto stärker vermehrt sich das Virus in den Zellen. Bei Kindern funktioniert dieses Frühwarnsystem deutlich besser.



Das bedeutet nicht, dass für Kinder überhaupt kein Risiko besteht: Schwere oder längere Erkrankungen gibt es in seltenen Fällen auch in dieser Altersgruppe. Allein dieser Umstand reicht einigen, um für ein Beibehalten der Maskenpflicht in den Schulen zu plädieren. Oder, wie die Lehrer*innengewerkschaft SEW/OGBL, zumindest eine wissenschaftliche Begründung für Meischs Entscheidung einzufordern. Anderen wie etwa der Féduse/CGFP wäre es lieber, wenn die Schnelltests verpflichtend wären, immerhin werden diese aktuell von 10 Prozent der Schüler*innen verweigert.

Noch andere wünschen sich, dass ungeimpfte Eltern und Lehrer*innen verstärkt zur Verantwortung gezogen werden. Letztere Position wird hierzulande etwa von Claude P. Müller, einem Virologen am Luxembourg Institute of Health, vertreten. Dem Tageblatt gegenüber äußerte er diese Woche die Befürchtung, dass es meist die ungeimpften Eltern seien, die nicht wollen, dass ihre Kinder geimpft oder getestet werden. Er ist deshalb nicht

nur dafür, dass alle Eltern sich impfen lassen, sondern auch dafür, dass für ungeimpfte Jugendliche, die sich nicht testen lassen wollen, Fernunterricht verpflichtend ist.

Ideen gibt es viele, aber welche ist besser? Grundschulen und Betreuungsstrukturen lassen sich nicht mit dem restlichen gesellschaftlichen Leben vergleichen und bedürften schon alleine deshalb einer anderen Herangehensweise. An keinem anderen Ort ist nämlich die Anzahl derer, die nicht impfberechtigt sind, derart hoch. Gleichzeitig würde sich in Schulen ein Covid-Check-Regime schwerlich umsetzen lassen. Diesen hatte unter anderem die Lehrer*innengewerkschaft Féduse/CGFP gefordert. Doch abgesehen vom Aufwand, der dazu tagtäglich betrieben werden müsste, wäre das Recht auf Bildung nicht gewährleistet, wenn ungeimpfte Kinder, die die 3G-Kriterien nicht erfüllen, vom Unterricht ausgeschlossen würden.

Während Meisch ebendiese Argumentation, keine einzelnen Schüler*innen nach Hause schicken zu wollen, gerne anführt, wenn es um den Covid-Check geht, lässt das aktuelle Covid-Gesetz eine andere Herangehensweise erkennen. Treten nämlich in einer Klasse drei bis fünf Covid-19-Infektionen auf, dürfen nur geimpfte und genesene Schüler*innen weiterhin den Unterricht besuchen. Alle anderen dürfen erst dann wieder zur Schule, wenn sie nach sechs Tagen einen negativen PCR-Test vorweisen können. Angesichts dessen warnte die Menschenrechtskommission (CCDH) vergangene Woche in einem Gutachten zum neuen Covid-Gesetz vor einer „éducation à deux vitesses“: „La CCDH invite le gouvernement à veiller à éviter toute discrimination sur base de l'état de santé des enfants et adolescents dans le cadre du droit à l'éducation.“



Copyright: CC BY-NC 2.0

Diskriminierung vs. Freiheit

Meisch handelt nicht im Alleingang. Seine Strategie entspricht derjenigen der gesamten Regierung. Dieser liegt implizit die Ansicht zugrunde, die Diskriminierung und Stigmatisierung einer kleinen Gruppe könne in Kauf genommen werden, um der Mehrheit möglichst viele Freiheiten zu gewähren. Eine Ansicht, die nicht zuletzt von Déi Lénk stark kritisiert wurde. Am Dienstag erklärte die Abgeordnete Nathalie Oberweis (Déi Lénk) vor dem Chamberplenum, dass es von mangelnder Solidarität zeuge, Menschen gegeneinander

aufzuhetzen. In diesem Zusammenhang sprach sie sich vehement gegen eine Stigmatisierung von Ungeimpften aus.

Damit bezog sie sich auf das Gutachten der CCDH. Diese hatte darin einerseits die Pflicht des Staats unterstrichen, die kollektive Gesundheit zu schützen, in diesem Fall also die Notwendigkeit, durch Information und Sensibilisierung zum Impfen aufzurufen. Die Verfolgung dieses Ziels, so die CCDH andererseits, dürfe jedoch keine Spaltung der Gesellschaft oder Verschärfung von Ungleichheiten mit sich bringen. Entscheidungen wie die, keine gratis PCR-Tests mehr anzubieten, könnten in den Augen der CCDH aber genau dazu führen. Mit dieser Maßnahme laufe die Regierung Gefahr, Menschen aufgrund ihres Gesundheitszustands, ihrer finanziellen Mittel oder ihrer Überzeugungen zu diskriminieren. Auch der SEW warnte kürzlich vor einer potenziellen Zweiklassengesellschaft. Kinder zu instrumentalisieren, um ungeimpften Erwachsenen Druck zu machen, müsse ebenso vermieden werden wie die Stigmatisierung ungeimpfter Jugendlicher.

An den verschiedenen Positionen zeigt sich die Schwierigkeit, kollektiver Gesundheit und Persönlichkeitsrechten gleichermaßen gerecht zu werden. Fakt ist, dass sich das Virus auch in den kommenden Monaten verbreiten wird und die Ungeimpften sich einer Infektion nur schwerlich entziehen können. Virolog*innen wie Christian Drosten von der Berliner Charité raten indes davon ab, Kinder auf Biegen und Brechen vor einer Infektion schützen zu wollen. In Anbetracht des geringen Risikos einer schweren Erkrankung solle man ihnen stattdessen zunehmend Freiheiten gewähren.

Expert*innen schätzen, dass die Impfung für Unter-12-Jährige noch in diesem Herbst zugelassen wird. Ob in der Zwischenzeit ein strengeres Sanitätskonzept in den Schulen sinnvoller gewesen wäre, wird sich wohl erst im Nachhinein sagen lassen. Claude Meisch hat der Presse gegenüber jedenfalls versichert, dass, falls nötig, das sanitäre Konzept angepasst werde, sei es in Form einer generellen Maskenpflicht, von Wechsel- und Fernunterricht, oder auch von nur morgens stattfindendem Unterricht.

Source: <https://www.woxx.lu/kinder-und-corona-reicht-der-schutz/>

Loi Covid

Les mesures anti-Covid prolongées sans changement majeur



Écrit par [Pierre Paillet](#)

Publié 15.09.2021 • Édité 15.09.2021



La situation sanitaire stable n'a pas amené à renforcer les mesures anti-Covid. Mais un point aura lieu début octobre. (Photo: Chambre des députés/Flickr)

La nouvelle loi Covid a été adoptée mardi à la Chambre. Au vu de la situation sanitaire stable, les mesures anti-Covid sont prolongées sans changement majeur. À noter: la généralisation du régime CovidCheck ou du dépistage à l'entrée des hôpitaux, aux visiteurs comme aux patients.

La nouvelle loi Covid, qui prolonge les mesures anti-Covid au-delà du 14 septembre (date d'échéance de la précédente loi Covid), a été adoptée par les députés en séance plénière.

Aucun changement majeur n'aura lieu à partir du 15 septembre: le port du masque reste obligatoire, par exemple dans les transports publics; le régime CovidCheck reste applicable pour les événements publics et privés; et, pour les bars et restaurants qui ne veulent pas appliquer le régime CovidCheck, la limite est de 10 personnes par table en terrasse et de 4 personnes par table à l'intérieur avec les gestes barrières.

Un statu quo qui est la conséquence d'une [situation sanitaire relativement stable](#) . Comme le



Premier ministre, [Xavier Bettel](#) (DP), l'avait annoncé, [un point sera fait début octobre](#) pour voir s'il faudra alléger ou renforcer les mesures anti-Covid à l'échéance de la nouvelle loi Covid prévue le 18 octobre.

Cordon sanitaire renforcé autour des hôpitaux

Une modification notable concerne néanmoins les conditions d'accès aux hôpitaux. Jusque-là, à l'entrée, seuls les visiteurs des patients devaient présenter le CovidCheck ou se faire tester sur place. Désormais, des personnes qui viennent pour des soins, des traitements ou des examens médicaux, ainsi que leurs accompagnateurs, doivent respecter ces mêmes règles, dès lors qu'ils sont susceptibles d'avoir un contact étroit avec des patients.

L'idée est de «parfaire le cordon sanitaire» autour des hôpitaux afin de protéger les patients – des personnes bien sûr très vulnérables –, en réduisant «le plus possible les occasions lors desquelles le virus risque d'être transmis», note le rapport du projet de loi.

Fin de la gratuité des tests

Un des points importants qu'avait soulevés la Commission consultative des droits de l'Homme (CCDH) concerne une évolution parallèle à la loi Covid: la fin de la gratuité des tests à partir du 15 septembre. La CCDH estimait que l'accès aux hôpitaux «ne devrait pas être conditionné par une démarche payante, quelle que soit la situation vaccinale des personnes concernées», qu'ils soient visiteurs ou patients. De manière générale, elle craint que cette non-gratuité scinde la société et renforce les inégalités.

La Ville de Luxembourg a d'ailleurs annoncé mardi 14 septembre [la prolongation de la distribution de bons pour des tests rapides antigéniques jusqu'au 18 octobre 2021 inclus.](#)

La loi encadre en outre deux autres points: dans le cadre de la stratégie sanitaire mise en place dans les écoles à partir de la rentrée scolaire, la loi inscrit notamment l'obligation du port du masque dans les classes pendant une durée de sept jours si un ou plusieurs cas de Covid sont détectés.

Elle prévoit aussi la prolongation du congé pour raisons familiales, qui permet aux parents de garder leurs enfants à la maison en cas d'isolement ou de quarantaine.

Source: https://paperjam.lu/article/mesures-anti-covid-prolongees--2?utm_medium=email&utm_campaign=15-09-2021%20Matin&utm_content=15-09-2021%20Matin+CID_74b3f114a8d02adfe1075e9f4c661487&utm_source=Newsletter&utm_term=Les%20mesures%20anti-Covid%20prolonges%20sans%20changement%20majeur

Sorgen vor Polarisierung und sozialer Ausgrenzung

Foto: Eric Engel



von [Luc Caregari](#)

9. September 2021

In ihrer Stellungnahme zum Entwurf des 18. Covid-Gesetzes warnt die Menschenrechtskommission vor dem Ausschluss bereits marginalisierter Bevölkerungsgruppen. Laut Informationen von *Reporter.lu* soll das Gesetz am kommenden Dienstag verabschiedet werden.

„Die CCDH setzt sich immer für die Menschen ein, denen es schlecht geht“, stellt der Präsident der Menschenrechtskommission (CCDH), Gilbert Pregno, im Gespräch mit *Reporter.lu* fest. Deshalb sei es nur konsequent, dass der Entwurf, der kostenpflichtige Tests für Ungeimpfte vorsieht, von der Kommission kritisch betrachtet werde.

Dabei geht die CCDH etwas zwiespältig mit der Gesetzesnovelle um. Einerseits wird die Impfung als einziges Mittel beschrieben, das einen Weg aus der Pandemie ermöglicht. Andererseits kritisiert die Kommission den von der Regierung beschrittenen Weg. „Ich störe mich an der Aussage, es sei eine Minderheit, die hier von der Mehrheit verlangt, PCR-Tests bezahlt zu bekommen“, meint Gilbert Pregno und spielt damit auf [eine Bemerkung von Premierminister Xavier Bettel \(DP\)](#) an.

So würden Menschen weiter an den Rand gedrückt, die nicht genug über die Impfung aufgeklärt wurden und sich deswegen nicht trauen würden, diese durchzuführen, so der Präsident der CCDH weiter. Das seien oft die finanziell schwachen Gesellschaftsschichten, die sich ohnehin keine teuren PCR-Tests leisten könnten. Als Konsequenz drohe ihr ein weiterer Rückzug aus der Gesellschaft und so eine tiefere Polarisierung.

„Ich bin der Meinung, dass man die Nicht-Geimpften nicht alle als Spinner abtun kann, die man links liegen lassen oder bestrafen sollte. Das ist mir zu pauschal“, gibt der CCDH-Präsident zu bedenken. Hinzu kommt noch ein weiteres Argument der Kommission, das die Strategie der Regierung infrage stellt: Auch Geimpfte können sich anstecken und das Virus an vulnerable, womöglich ungeimpfte, Personen weitergeben. Hier könnte die finanzielle Hürde ebenfalls dafür sorgen, dass sich der Weg aus der Pandemie verlängert.

„Collège Médical“ zitiert Facebook

[Generell verweist die Stellungnahme auf die Gefahr eines Verzichts auf Gesundheitsleistungen](#), die durch die Gesetzesbestimmungen noch verschärft werden könnte. Dies betreffe disproportional stark jene Menschen, die bereits in prekären Verhältnissen leben. Zusätzlich sollte darauf geachtet werden, dass der Zugang zu medizinischen Einrichtungen niemals gebührenpflichtig sein sollte – egal, welchen Impfstatus die Personen haben.

Mit ihren Bedenken steht die Menschenrechtskommission bis jetzt ziemlich alleine da. [Das „Collège Médical“ zitiert in seiner Stellungnahme zum Thema Impfungen](#) einen Spruch aus den sozialen Medien: „Nochmal langsam: Wer aus Rücksicht auf andere Masken trug und jetzt geimpft ist, muss im Herbst weiter Maske tragen, aus Rücksicht auf die, die keine Rücksicht nahmen und dadurch bewirkten, dass man weiter Rücksicht nehmen muss. Und die fühlen sich in ihrer Freiheit eingeschränkt!“, und befindet sich damit auf einer Linie mit der Regierung.

[Auch der Staatsrat formulierte zum Gesetzentwurf zwei „Oppositions formelles“](#), die inzwischen von der parlamentarischen Kommission übernommen und angepasst wurden. Die Gesetzesprüfer gingen hingegen nicht auf die Gefahren ein, die von der CCDH unterstrichen wurden. Ihre Sorgen waren eher verfassungsrechtlicher und logischer Natur, was etwa die neuen Regeln im Schulunterricht betraf.

Der parlamentarische Gesundheitsausschuss wird seinen Bericht zum neuen Covid-Gesetz voraussichtlich diesen Freitag annehmen. *Reporter.lu*-Informationen nach soll das Gesetz bereits nächsten Dienstag im Parlament verabschiedet werden.

Source: <https://www.reporter.lu/luxemburg-18-covid-gesetz-menschenrechtskommission-befuerchtet-polarisierung/>

Was die Schüler bei der „Rentrée“ erwartet / LIH-Virologe Muller: „Ungeimpfte Eltern stellen ein hohes Risiko dar“



[Kinder und Jugendliche werden bei der „Rentrée“ mit einem geänderten sanitären Konzept konfrontiert werden \(Foto: dpa/Peter Kneffel\)](#)

Am heutigen Mittwoch beginnt der erste Schultag unter weniger strengen Covid-19-Maßnahmen. Laut Bildungsminister Claude Meisch müssen einige Restriktionen dennoch erhalten bleiben, um die ungeimpften Personen weiter zu schützen. Der Virologe Prof. Claude P. Muller findet diese Vorgehensweise absurd. Ihm zufolge sollte es genau umgedreht sein. Eltern sollten sich impfen lassen, um ihre Kinder zu schützen.

Für knapp 60.000 Kinder aus der Grundschule beginnt am heutigen Mittwoch der erste Schultag. Die Schüler aus dem „Secondaire“ sind erst am Donnerstag (7^e) und Freitag an der Reihe. Die sanitären Maßnahmen für die insgesamt 108.547 Schüler wurden dieses Schuljahr erneut angepasst. Rund 55 Prozent der Schülerschaft im „Secondaire“ sind am Tag der „Rentrée“ bereits geimpft. 90 Prozent der Lehrer sind es ebenfalls. Nur in der Grundschule sind die Kinder noch ungeimpft, weil noch kein Vakzin für unter 12-Jährige in Luxemburg freigegeben wurde.

Die Maskenpflicht an den Schulen wurde gelockert. Den Mund- und Nasenschutz brauchen die Schüler während des Unterrichts, wenn sie an ihrem Platz sitzen, nicht mehr zu tragen. Auch im Pausenhof fällt der schützende Stoff im Gesicht weg. In der „Maison relais“ gilt die Maskenpflicht erst ab einer Gruppengröße von zehn Schülern. In der Grundschule können sich die Schüler zweimal in der Woche freiwillig testen lassen, in den Lyzeen ebenfalls, wobei der zweite Schnelltest zu Hause durchgeführt werden kann.

[Die Lockerung der Maskenpflicht wurde sowohl von Lehrgewerkschaften als auch von der Nationalen Elternvertretung begrüßt.](#) „Das Tragen der Maske im Unterricht kann man nicht noch ein Jahr so weiterführen, mit all den negativen Konsequenzen, die das mit sich bringt“,

sagt etwa Alain Massen, Präsident der Nationalen Elternvertretung, in einem *Tageblatt*-Gespräch. Auch für Raoul Scholtes, Präsident der Lehrgewerkschaft Féduse/CGFP, ist der Unterricht mit Maske „enorm schwierig“, wie er gegenüber dem *Tageblatt* sagt. Patrick Arendt, Präsident der Lehrgewerkschaft SEW/OGBL, vermisst wissenschaftliche Vorgaben seitens des Bildungsministeriums, die mehr Akzeptanz beim Abwägen zwischen Maskenpflicht und anderen sanitären Maßnahmen bringen würde.

Gelockerte Maskenpflicht und 3G-Regelung

Sollte es allerdings zu einer Infektion an einer Schule kommen, tritt sofort eine absolute Maskenpflicht in Kraft. Diese gilt für sechs Tage, bis alle Beteiligten anhand eines PCR-Tests negativ getestet wurden. Zeitgleich mit der Maskenpflicht wird im Falle einer Infektion der 3G-Modus eingeschaltet. Das bedeutet, dass in Szenario 1 (ein infizierter Schüler in einer Klasse) und Szenario 2 (zwei infizierte Schüler in einer Klasse, bei denen die Infektion wahrscheinlich jeweils von außerhalb in die Schule gebracht wurde) der Unterricht trotzdem normal weiter funktioniert, allerdings nur für geimpfte, genesene oder getestete Schüler. Jene, die also weder geimpft noch genesen sind, müssen demnach alle 48 Stunden einen Schnelltest durchführen. Wer nicht geimpft ist und den Test verweigert, muss zu Hause bleiben.

Die gleichen Regeln gelten bei Szenario 3 (drei bis fünf Infizierte in einer Klasse), allerdings nur für Geimpfte und Genesene. Alle anderen bekommen keine Ausnahme durch Testen gewährt und müssen in jedem Fall zu Hause bleiben. Wird eine Infektionskette detektiert (mehr als fünf Infizierte), dann urteilt der Lenkausschuss „Covid-19 and Education“ über die zu ergreifenden Maßnahmen.

Das Infektionsgeschehen in den Schulen hängt meiner Meinung nach maßgeblich vom Impfstatus der Eltern und natürlich des Lehrpersonals ab

Prof. Claude P. Muller, Virologe am LIH

Prof. Claude P. Muller, Virologe am LIH (Luxembourg Institute of Health), sagt gegenüber dem *Tageblatt*, dass wir in der jetzigen Situation wesentlich mehr tun können, als die Schüler zweimal pro Woche freiwilligen Schnelltests zu unterziehen. „Das Infektionsgeschehen in den Schulen hängt meiner Meinung nach maßgeblich vom Impfstatus der Eltern und natürlich des Lehrpersonals ab“, sagt er. „Alle Erwachsene, die Umgang mit schulpflichtigen Kindern haben, sollten sich unbedingt impfen lassen.“ Denn 30 bis 40 Prozent aller Infektionen würden nach der Reiserückkehrwelle wieder zu Hause stattfinden.

Virologe nennt ungeimpfte Eltern „Täter“

Der Virologe nennt folgendes typisches Szenario: Die ungeimpften Eltern bringen das Virus von der Arbeit mit nach Hause und stecken dort ihre ungeimpften Kinder und Jugendlichen an. Diese tragen das Virus in die Schule. „Damit stellen ungeimpfte Eltern ein hohes Risiko dar und tragen eine erhebliche Verantwortung für das Infektionsgeschehen in einer Klasse oder in der Schule“, sagt Muller. Deshalb würde er sich wünschen, dass der Impfstatus der Eltern bei den sanitären Maßnahmen mit berücksichtigt werden sollte. Sie sollten nach dem 2G-Prinzip beurteilt werden. Einen Ersatz dafür sehe er eigentlich in diesen neuen Maßnahmen nicht. „Eltern, die selber nicht geimpft sind und die ihre jugendlichen Kinder auch nicht haben impfen lassen, nehmen ganz bewusst in Kauf, dass sie das Virus in die Schule bringen.“

Eltern müssen sich impfen, damit ihre Kinder das Virus nicht in die Schule bringen. [...] Für diese Impfverweigerer sollen nun die Kinder und Jugendliche die Suppe auslöffeln.

Prof. Claude P. Muller, Virologe am LIH

Muller stört sich an der Aussage Claude Meischs im *Tageblatt*-Interview, dass die sanitären Maßnahmen an den Schulen nicht primär Kinder und Jugendliche schützen sollen, sondern jene Erwachsene, die noch nicht geimpft sind. „Es ist doch genau umgekehrt“, so der Virologe. „Eltern müssen sich impfen, damit ihre Kinder das Virus nicht in die Schule bringen.“ Muller findet es absurd, dass ungeimpfte Eltern, die er „Täter“ nennt, billigend in Kauf nehmen, dass sie eine Viruszündschnur in die Schule legen und nun auch noch von den Opfern geschützt werden. „So macht man den Bock zum Gärtner“, sagt er. „Für diese Impfverweigerer sollen nun die Kinder und Jugendliche die Suppe auslöffeln.“



Für den LIH-Virologen Claude P. Muller wird das Infektionsgeschehen an den Schulen maßgeblich vom Impfstatus der Eltern abhängen Foto: Philippe Reuter

Für den Virologen setzen diese Eltern ihr Persönlichkeitsrecht über das Recht der anderen, auf körperliche und gesundheitliche Unversehrtheit – und sollen auch noch von diesen durch Einschränkungen geschützt werden. „Das ist nicht akzeptabel“, sagt er. Man kann davon ausgehen, dass gerade jene Eltern, die sich und ihre jugendlichen Kinder nicht impfen lassen, auch jene sind, deren Kinder nicht zuverlässig an den freiwilligen Tests an der Schule teilnehmen. Ungeimpfte Jugendliche, die sich zudem weigern, die Schnelltests durchzuführen, gehören aus seiner Sicht direkt ins Homeschooling, erst recht, wenn ihre Eltern auch die eigene Impfung verweigern. Auch Raoul Scholtes stört sich an der Freiwilligkeit der Schnelltests. „Wir nehmen die Maskenpflicht weg und ersetzen sie durch nichts“, sagt er. Scholtes weist darauf hin, dass auch Kinder langfristigen Krankheiten durch Covid-19 ausgesetzt werden können. Alain Masson kann sich dagegen mit der Freiwilligkeit der Tests anfreunden. Bei den Testverweigerern handle es sich nur um eine Minderheit. Dazu Muller: „Aber es ist gerade diese Minderheit, die sich am wenigsten an Schutzvorkehrungen hält und damit das höchste Infektionspotenzial hat.“

Geimpfte brauchen keine Quarantäne

Muller missfällt zudem die 48-Stunden-Regel, innerhalb derer sich die ungeimpften und nicht genesenen Schüler bei einer Infektion in der Klasse testen lassen müssen. Das sei für diese Schüler nicht ausreichend, wenn das Virus erst mal in der Klasse ist, aus oben genannten Gründen. Allerdings hält er die Regelung, dass Geimpfte bei einer Infektion in der Klasse nicht in Quarantäne gehen müssen, für richtig. Erst müsse sich der Geimpfte überhaupt mal infizieren. Falls dies passiere, sei die Viruslast in der Regel geringer und/oder von kürzerer Dauer. Ein anderer Geimpfter habe zudem einen weiteren Schutz, den es zu überwinden gelte. Demnach würde man laut Muller einen Geimpften, der Kontakt mit einem PCR-Positiven hatte, nur in Quarantäne schicken, um Personen zu schützen, die nicht geimpft sind. „Aber diese Personen haben sich ja bereits für das Virus entschieden. Die bekommen das Virus sowieso, ob jetzt oder in drei Monaten.“

Aber diese Personen haben sich ja bereits für das Virus entschieden. Die bekommen das Virus sowieso, ob jetzt oder in drei Monaten.

Prof. Claude P. Muller, Virologe am LIH

Neben dem Impfstatus der Eltern sollte man laut Muller auch das Einzugsgebiet der Gemeinde – dies allerdings nur bei Schülern der Grundschule – mit in die sanitären Maßnahmen der Schule einfließen lassen. Auch plädiert der Virologe eher für drei verpflichtende Schnelltests pro Woche statt zwei freiwilligen, insbesondere für Kinder, deren Eltern nicht geimpft sind. Dennoch stört er sich am Gebrauch der Schnelltests in dieser Phase der Pandemie. Er sagt, dass freiwillige Schnelltests zwar besser seien als gar keine Tests. Dennoch habe man heute durch die Impfung ganz andere Möglichkeiten. Er rät den Jugendlichen ab 12 Jahren, sich vor der „Rentrée“ impfen zu lassen. So könne man eine gewisse lokale „Herdenimmunität“ durch die Impfung erreichen. Da die Kinder unter 12 Jahren noch nicht die Möglichkeit dazu haben, können die Eltern durch ihre Impfung eine Art Schutzschirm über ihre Kinder aufspannen und sie dadurch zusätzlich schützen, sagt er.

Source: https://www.tageblatt.lu/?post_type=post&p=965492